



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte, Daniel Halemba und Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 06 wird der Ansatz in der TG 64 (Öffentlicher Personennahverkehr (Deutschlandticket)) für das Jahr 2026 von 599.660,0 Tsd. Euro um 299.830,0 Tsd. Euro auf 299.830,0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 09 06 wird der Ansatz in der TG 64 (Öffentlicher Personennahverkehr (Deutschlandticket)) für das Jahr 2027 von 599.660,0 Tsd. Euro um 299.830,0 Tsd. Euro auf 299.830,0 Tsd. Euro gekürzt.

Die eingesparten Mittel werden vollständig zur Erhöhung des Ansatzes in Kap. 09 40 Tit. 750 00 verwendet.

Begründung:

Das Deutschlandticket als Nachfolgeregelung des 9-Euro-Tickets beschäftigte den Landtag schon mehrfach. Bereits im September 2022 wurde gefordert (Drs. 18/24151), die Finanzierung gänzlich dem Bund zu überlassen.

Derzeit finanziert der Bund 50 Prozent des Deutschlandtickets. Dieser Teil kann gerne zur Umsetzung des Deutschlandtickets verwendet werden. Der Freistaat hingegen sollte die hier freigewordenen Mittel für die Instandhaltung seiner eigenen, teils maroden Brücken und Straßen einsetzen.